

Naunhof bemerkte, dass der Torwart des ein drei blättrigen Schild einen Vertheidigung nicht mehr vermeiden, dass durch das Tor für einen Schuss den Holzteil Naunhof die vieldeutige Verhältnisse mehr erzielten, welche anschließend sie legte ein gutes Leben verhalf. Schon bald zum ersten Etat für Sachen wird der r. A. (Bücher)

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pömlitz, Staudnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheinet wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mr. 3.—, jährlich Mr. 9.—.
ohne Auslagen. Voll einzahlt der Postgebühren Mr. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Artig, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die gespaltene Korpusseite 70 Pf., auswärts 80 Pf. Amst. 1. Teil Mr. 1.50. Reklamezeile Mr. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mr. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erhebungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Häus & Cie, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Bernuf: Amt Naunhof Nr. 2

Nummer 77

Freitag, den 1. Juli 1921

32. Jahrgang

Oberschlesien brennt!

Tausende mußten flüchten, gequält in Ungewißheit über das Schicksal ihrer Heimat und ihrer Familie. Groß ist die Zahl der Erschlagenen u. Verwundeten; Ungezählte sind verschleppt; Hunger u. Krankheit bedrohen die friedliche Bevölkerung. Die unterzeichneten Verbände haben sich vereinigt zum **Oberschlesier Hilfswerk**, um der Not zu steuern. Große Mittel sind erforderlich. Nicht Geld allein, sondern auch gebrauchsfähige Kleidung, sowie unverderbliche Lebens- und alle Stärkungsmittel tun not.

Gebt sofort!

Haussammlung am 2. Juli ... Straßensammlung am 2. und 3. Juli.

Geldspenden nehmen alle Banken (Konto „Oberschlesierhilfswerk“) an. Hauptsammelstelle für Naunhof, Vereinsbank Naunhof und Amtshauptmannschaft Grimma ist die Filiale Grimma der Allg. Deutsch. Credit-Anstalt.

Sonstige Spenden werden an die Bezirksanstalt Grimma erbeten.

Im Auftrage des Deutschen Roten Kreuzes — der Verein Verbände heimatreuer Oberschlesiener — des Bundes der deutschen Grenzmark-Schützerverbände

Der Zweigverein Grimma vom Roten Kreuz u. der Albertzweigverein Grimma vom Roten Kreuz.

Die Ausgabe der Briefkarten findet Sonnabend, den 2. Juli 1921 im Vorraum zu den Amtsgerichtsräumen, Rathaus, Markt 1, 1 Treppe in der Zeit von 8 Uhr vormittag bis 12 Uhr mittags statt.

Es wird erwartet, daß möglichst alle Karten während der festgesetzten Ausgabestunde abgeholt werden.

Naunhof, am 29. Juni 1921. Der Bürgermeister.

Holzversteigerung. Naunhofer Staatsforstrevier.

Im Ratskeller zu Naunhof, Freitag, den 8. Juli, norm. 10 Uhr: 1262 fl. Stämme 10/36 cm, 154 fl. dergl. 10/36 cm, 2785 fl. Höhe 7/36 cm, 2497 fl. dergl. 8/36 cm, 337 eich. dergl. 10/80 cm, 10 fl. dergl. 16/32 cm, 160 fl. Derblängen 9/10 cm. Kahlstiel. Abt. 4 und 45. Durchl.: Abt. 30, 33, 40, 41, 42, 44, 56 des Hauptreviers und Kahlstiel. Abt. Schießland. Durchl. Abt. 71 des Borderplantwaldes. Forstrevierverwaltung Naunhof. Forstamt Grimma.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof
Abbildung-Gewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Scheinen.
Scheck- und Giro-Verkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Geschäftszeit: 8—1 Uhr. Postleitzahl: Leipzig Nr. 10785.

Aleine Zeitung für eilige Leser.
Der Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1921 zeigt an ungeklärten Aufgaben im ordentlichen und außerordentlichen Etat zusammen 53 450 Millionen Mark auf ohne die Verpflichtungen auf Grund des Ultimatums.

Aus Europa melden die „Times“, daß der Beginn der großen griechischen Offensive unmittelbar bevorsteht und daß der König, Prinz Georg und Prinz Andreas sowie General Papoulo direkt nach der Front abreisen.

Der Kommunistische Kongreß in Moskau rückte an das deutsche Proletariat einen Aufruf, in dem rücksichtloses Einsteuern für Bolschewiki fordert wird.

Der Kompromiß über die beiden Resolutionen Knox und Borter bezüglich der Erfüllung des Friedensabstandes mit Deutschland soll Ende der Woche im Washingtoner Senat behandelt werden und nach Annahme dem Präsidenten zugehen.

Nach Washingtoner Nachrichten verhandelt die amerikanische Regierung mit Portugal über den Anlauf der Azoren.

Öchlußdienst.

Drohnachrichten vom 30. Juni

Um die deutsche Handelsflotte.

Berlin. Der Haupthaushalt des Deutschen Industrie- und Handelskongresses verlangt wider den jüngsten Reichstagsschlus einer Vollsentschließung über die Befreiung der Bestimmung der Verfassung, nach der die schwarz-weiß-rote Handelsflotte in der oberen inneren See die farben Schwarzer-Rot-Gold tragen soll. — Auch die Lübecker Handelskammer hat durch Telegramm an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichstag Einspruch gegen den Beschluss des Reichstages über die Handelsflotte erhoben.

Das englisch-japanische Bündnis.

London. In vertraulichen Sitzungen unter Leitung des ehemaligen Außenministers Balfour beriet die britische Reichskonferenz über die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses. Die Premierminister von Kanada und Südafrika haben sich, wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, bedingungslos gegen die Erneuerung ausgesprochen. Die Vertreter Australiens und Neuseelands erklärten, daß eine Erneuerung nur in Frage käme, wenn jede Möglichkeit einer politischen Verbindung mit den Vereinigten Staaten durch Bündnisverpflichtungen ausgeschlossen werde.

Neue Südpolarexpedition Shackletons.

London. Der Südpolarforscher Sir Ernest Shackleton ist durch die Freigiebigkeit mehrerer Männer in die Lage versetzt, eine neue Erkundungsreise anzutreten, die ihn durch den Atlantischen Ozean und Süßen Ozean und die noch nicht fotografierten Meere um den Südpol führen wird.

Englische Arbeiter für Georgien.

London. Auf dem Kongreß der englischen Arbeitspartei wurde auf Antrag Snowden eine Entschließung angenommen, in der der Moskauer Regierung die sofortige Überprüfung der russischen sozialrevolutionären Truppen aus Georgien gefordert und dem unterjochten georgischen Volke die wärmste Sympathie zum Ausdruck gebracht wird.

Georgeas Resignation.

Rom. Georgea äußerte zu Freunden, er sei sicher, daß die italienische Politik seitens seines Nachfolgers keine Änderung erleben werde. Georgea fügte hinzu, er werde seinen Botschaftsposen annehmen.

Neue Alkoholgesetz in Amerika.

Washington. Das Repräsentantenhaus hat mit 350 gegen 93 Stimmen den Campbell-Bill angenommen, die den Verkauf von Bier auf ärztliche Vorbehalt an Kranken verbietet und die Herstellung und Einfuhr alkoholhaltiger Getränke unterlädt, solange nicht die unter Regierungsaufsicht lagernden Vorräte erschöpft sind. Ferner darf ein Arzt mehr als 10mal im Monat alkoholische Getränke verordnen. Außerdem wird der Geltungsbereich des Prohibitionsgesetzes auf Hawaii und die Jungferninseln ausgedehnt.

Der russisch-amerikanische Handel.

New York. Es heißt hier, zurzeit neige man der Ansicht zu, daß es nicht sicher für Amerika sei, frei mit Russland Handel zu treiben ohne die von der Sovjetregierung geforderten Garantien. Ein weiteres Hindernis bilden die anherrnenden notwendigen langjährigen Kredite beim Verkauf von Waren. Es ist unwahrscheinlich, daß sich der amerikanische Handel mit Russland ohne Unterstützung der Washingtoner Regierung in grohem Maße entwickeln werde.

In Rettung.

Im eiligen Laufe dieser politisch so stark bewegten Zeit ist es fast schon in Vergessenheit geraten, daß sich vor wenigen Wochen vor dem höchsten deutschen Gerichtshof in Leipzig durch die Kriegsbeschuldigtenprozeß eine Tragödie abspielle, die zu den peinlichsten Blöden in den Nachkämpfen der Kriegszeit gerechnet werden muß. In einem der letzten Verhandlungstage war von einem der Verteidiger der Kernpunkt dieser Vergangenheit in flotten Worten gezeichnet worden durch den Hinweis darauf, daß unter der Herrschaft der Russen seit unendlichen Zeiten die Stimme der Geiste schwiegen mußte, und daß kein Soldat sich für irgendeinen militärischen Erfolg bei seinem vorgesetzten Offizier mit der Entschuldigung rechtfertigen kann, daß der Ausübung eines aus kriegerischen Rücksichten notwendigen Befehls vielleicht irgendwelche Paragraphen für die Friedenszeit berechneten Gesetzbuches entgegenstanden habe.

Es bestand leider von vornherein keinerlei Hoffnung, daß man auf der andern Seite aus dem Verlauf der ersten Prozeß die Überzeugung gewonnen haben könnte, daß eine Fortsetzung dieses Spiels mit dem hohen Ideellen Gute der Gerechtigkeit nicht nur den politischen Zwecken der Entente leichten Endes zuwidern mußte, sondern auch einen moralischen Schaden anrichten mußte, der durch systematische Untergrubung eines gegründeten Rechtsfinnes sich schließlich über die Grenzen der einzelnen einander feindlichen Staaten wie eine ansteckende Krankheit hinaus ausbreiten würde. Man scheint drüber vielmehr entschlossen zu sein, dieses von Habsburg und somit letzten Endes österreichischen Beginnen bis zum Schluspunkt des aufgestellten Programms durchzuführen. Nachdem man auf die im Friedensvertrag verlangte Auslieferung der angeblichen Kriegsverbrecher wohl oder übel verzichten mußte, glaubt man offenbar, daß man einen weiteren Rücksprung aus der Tasche, in die man damals hineinrannte, nicht ver-

antworten zu können. Eine neue Serie von Prozessen hat in Leipzig begonnen und man muß sogar erwarten, daß diesmal die Erregung weit höhere Wogen schlagen wird als bei jenem Vorfall vor wenigen Wochen.

Während die ersten Prozesse verhältnismäßig geringfügige Dinge betrafen, sollen diesmal ernsthafte Fälle, Vorfälle von der Front selbst, verhandelt werden. Nicht Unteroffiziere und Mannschaften, sondern Generale und andere Offiziere erscheinen diesmal vor den Schranken des Gerichts, und die Aufmerksamkeit der Welt wird um so größer sein, als diesmal Frankreich und England an Stelle Belgien als Ankläger auftreten. Besonders bedeutsam aber ist es, daß diese neue Sitzungsperiode des Reichsgerichts durch eine Episode eingeleitet wird, die jetzt zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Reichstage gemacht worden ist. Nach Blättermeldungen soll der unter den Angeklagten befindliche Oberleutnant g. See, Böhl, in Ketten gesetzt, nach Leipzig gebracht worden sein. Es muß zunächst abhängigstellt bleiben, ob diese Nachricht in ihren Einzelheiten zutrifft, sie bleibt trotzdem charakteristisch und symbolisch für diese ganze Art von Gerichtsverhandlungen, die nicht unter dem Zeichen der Gerechtigkeit, sondern unter dem Schandmal einer politischen Justiz stehen. Das Reichsgericht kann sich zwar, wie es bisher auch geschehen ist, leinerseits von jedem Vorwurf freihalten, indem es das Urteil ohne irgendeine politische Rücksicht und Beeinflussung sucht. Aber die Tatsache, daß diese Prozesse überhaupt stattfinden, ist doch im Grunde nichts anderes als eine Auswirkung des Verfaßter Wohlwollstums. Ganz gleich, ob diesem Oberleutnant wirklich Handschellen auf dem Wege nach Leipzig angelegt wurden, man sieht in Wahrheit doch jeden einzelnen der Angeklagten in Ketten gesetzt vor dem Gerichtshof stehen. Es sind die Ketten, die in Versailles dem ganzen deutschen Volle ausgebürdet wurden, und die nun, im trostlosen Widerspruch zu jeder ausgleichenden Gerechtigkeit, einige wenige, die am Verlauf des Krieges keine höhere und keine geringere Schuld als jeden andern triffen, vor aller Welt zur Schau tragen sollen.

Darauf allein kommt es ja der Entente an. Man will unter allen Umständen ein Urteil erzielen, welches vor allem der neutralen Welt gegenüber wie ein Pfand herausgehangen werden kann, auf dem zu lesen steht: Dies sind die Kriegsverbrecher. Man muß schon zugeben, daß Methode in diesem Wahnsinn liegt. Aber diese Methode hat in ihrem wesentlichsten Teile schon Schiffbruch gelitten, und jetzt bleibt nur noch ein Rest zu retten, an dem man drüber mit um so verbissener Zähigkeit hängt. Auf der Höhe von der deutschen Kriegsfeind verhübt ja das ganze Gebäude des Versailler Friedensvertrages. Der Deutsche ist ja nicht der Sieger, sondern der Verbrecher, der bestraft werden soll. Nachdem es nun nicht gelungen ist, trotz der großzügigsten Propaganda, die die Welt je gesehen hat, dem deutschen Volle die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges auszubürdnen, nachdem Lloyd George selbst zugestanden hat, daß diese Behauptung sich nicht halten läßt, verflucht man nun wenigstens die einzelnen Fälle, in denen man Überschreitungen der Kriegsgebräuche zu erblicken glaubt, zu Verbrechen zu stempeln. Das ist auch der Grund dafür, daß in der belgischen Öffentlichkeit, unmittelbar nach dem Bekanntwerden der ersten Leipziger Urteile, ein Sturm der Entrüstung einsetzte. Davor will man natürlich nichts wissen, daß Kriegsgreuel der schlimmsten Art beiden Heeren der Entente, und nicht nur bei den schwarzen Truppen, in unerhörter Zahl verübt worden sind. Davor spricht niemand, daß diese Untaten niemals einen Richter finden werden. Auch davon, daß heute noch eine große Anzahl unglaublicher deutscher Gefangener in Algier noch zurückgehalten werden, ist nicht die Rede, obwohl die deutschen Soldaten nur wegen geringfügiger Vergehen nicht an der Front, sondern während ihrer Gefangenschaft über den Friedensschluß hinaus von der Heimbesförderung ausgeschlossen wurden.

Man kann sich nichts Widerfinnigeres denken, als daß von Seiten der Ententemächte zu einer Zeit, in der man vielerlei Anstrengungen macht, alle Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau und als schlimmen Erinnerungen an den Krieg in den Menschen zu verhindern, daß der Ausübung eines aus kriegerischen Rücksichten notwendigen Befehls vielleicht irgendwelche Paragraphen eines für die Friedenszeit berechneten Gesetzbuches entgegenstanden habe.

Man kann sich nichts Widerfinnigeres denken, als daß die Ententemächte zu einer Zeit, in der man vielerlei Anstrengungen macht, alle Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau und als schlimmen Erinnerungen an den Krieg in den Menschen zu verhindern, daß der Ausübung eines aus kriegerischen Rücksichten notwendigen Befehls vielleicht irgendwelche Paragraphen eines für die Friedenszeit berechneten Gesetzbuches entgegenstanden habe.

Dr. Eb.

Der Wille zum Opfer.

Die bevorstehenden Steuerberatungen.

Von besonderer Seite wird zu den kommenden Reichstagsberatungen über die neuen Steuerbelastungen geschrieben:

Auf die Annahme des Londoner Ultimatums soll nunmehr die Erfüllung folgen, und so tritt denn die Reichsregierung mit steuerlichen Anforderungen an unser Volk heran, wie sie niemals die Geschichte einer Nation zu verzeichnen gehabt hat. Erst jetzt wird es vielen klar werden, welche gigantische Burde und auferlegt ist, welche schweren Weg wir zu gehen haben. Werden wir ihn gehen können? Wir müssen, denn nur so vermögen wir zu neuer Freiheit und zu neuem Wohlstand zu gelangen.